

Chronologie

Mai / Juni*

Mai

2.5. Der frühere ranghohe Mitarbeiter des französischen Auslandsnachrichtendienstes DGSE, General Philippe Rondot, nimmt in einem Gespräch mit der Zeitung *Le Figaro* zu erneuten Vorwürfen gegen Premierminister Dominique de Villepin im Zusammenhang mit der so genannten „Clearstream-Affäre“ Stellung. Demzufolge sei er von de Villepin niemals mit geheimdienstlichen Ermittlungen gegen den damaligen Innenminister Nicolas Sarkozy beauftragt worden. Unstrittig ist, dass Sarkozys Name in einem anonymen Brief vom Juni 2004 an den Untersuchungsrichter erwähnt wird. Neben Jean-Pierre Chevènement, Alain Madelin und Dominique Strauss-Kahn wird darin auch Sarkozy unterstellt, Schwarzgeldkonten aus Rüstungsgeschäften bei der Luxemburger Clearinggesellschaft Clearstream besessen zu haben. Villepin war bereits im vergangenen Jahr vorgeworfen worden, die DGSE gegen seinen Kabinettskollegen eingesetzt zu haben.

2.5. Der Leiter der im Dezember 2004 gegründeten „Haute autorité de lutte contre les discriminations et pour l'égalité“ (HALDE), Louis Schweitzer, legt seinen ersten Jahresbericht vor. Danach ist HALDE bisher in gut 2 000 Fällen von Diskriminierungen angerufen worden. 45 Prozent der Fälle beziehen sich auf Diskriminierungen im Arbeitsumfeld. Das wichtigste Kriterium ist die Diskriminierung aufgrund der Herkunft einer Person (39,6 Prozent), gefolgt von körperlicher und geistiger Behinderung (13,9), dem Geschlecht (6,2), dem Alter (5,6) und der Familiensituation (4,8). Mit der Gründung von HALDE hatte Staatspräsident Jacques Chirac ein Zeichen für eine Integrationspolitik republikanischer Prägung setzen wollen, die sich von der Forderung des UMP-Vorsitzenden Sarkozy nach „positiver Diskriminierung“ unterschied.

4.5. In Frankreich wird das erste deutsch-französische Geschichtsbuch präsentiert, das jungen Deutschen und Franzosen eine gemeinsame Sicht auf die Zeit nach dem Zweiten

Weltkrieg vermitteln soll. Das Geschichtsbuch richtet sich an die Schüler der Abschlussklassen vor dem Abitur beziehungsweise dem Baccalauréat. Im Juli soll die deutsche Version erscheinen, für das Jahr 2007 ist ein zweiter Band für die Jahrgänge des vorletzten Schuljahrs vor dem Abitur geplant, der den Zeitraum der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts bis 1945 abdecken soll. Das gemeinsame Geschichtsbuch geht auf einen Beschluss der beiden Regierungen anlässlich des 40. Jahrestages des Elysée-Vertrages im Januar 2003 zurück.

4.5. Der Verwaltungsrat des staatlichen Energieunternehmens EDF beschließt den Bau eines Nuklearreaktors der so genannten dritten Generation „EPR“ (European Processurized Watercooled Reactor) in Flamanville (Manche). Dieser Prototyp des EPR, der 3,3 Milliarden Euro kosten wird, soll ab 2012 Strom herstellen. Der EPR wird vom deutsch-französischen Unternehmenskonsortium „Nuclear power International“ gebaut, das von Siemens und Framatome gebildet wird.

4.5. Staatspräsident Chirac setzt einen „Strategieausschuss für die Digitaltechnik“ unter Leitung von Premierminister de Villepin ein. Der Ausschuss soll die vollständige Umstellung aller Fernsehanschlüsse in Frankreich von analoger auf digitale Technologie bis zum Jahr 2011 vorbereiten. Chirac verspricht sich davon einen zusätzlichen Umsatz der beteiligten Unternehmen von bis zu 20 Milliarden Euro.

5.5. Die persönliche elektronische Gesundheitsakte („dossier médical personnel“, DMP) soll im Laufe des Jahres 2007 eingeführt werden. Jacques Sauret, Präsident des von der Regierung mit der Einrichtung des DMP beauftragten *Groupe ment d'intérêt public* (GIP), kündigt dies nach einer Sitzung des Verwaltungsrats des GIP an. Die auf einem Chip gespeicherte Akte wird Informationen zu Erkrankungen, Impfungen, Allergien und Untersuchungsergebnissen enthalten. Das DMP soll der gesetzlichen Krankenversicherung Einsparungen von 3,5 Milliarden Euro ermöglichen.

* Zusammengestellt vom Programm Frankreich / deutsch-französische Beziehungen der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), Berlin.

7.5. Nach einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts IFOP für die Zeitung *Le Journal du Dimanche* halten 50 Prozent derjenigen Wähler, die dem Parti socialiste nahestehen, die Präsidentin der Region Poitou-Charentes, Ségolène Royal, für die beste Kandidatin des PS bei den Präsidentschaftswahlen im kommenden Jahr. Die übrigen potenziellen Kandidaten erhalten deutlich schlechtere Werte: Lionel Jospin 14 Prozent, Jack Lang und Bernard Kouchner jeweils acht Prozent, Dominique Strauss-Kahn sieben Prozent, Laurent Fabius fünf sowie Martine Aubry und François Hollande je drei Prozent. Im Dezember 2005 hatte die Zustimmung zu Royal noch bei 29 Prozent gelegen.

7.5. Anlässlich der Jahrestagung der als fundamentalistisch geltenden Union des organisations islamiques de France (UOIF) gibt deren Vizepräsident, Fouad Alaoui, seiner Sorge Ausdruck, der Islam könne zum zentralen Thema des bevorstehenden Präsidentschaftswahlkampfes werden. Das gegenwärtig in der Nationalversammlung diskutierte Einwanderungsgesetz sowie die Polemik des Präsidenten des nationalkonservativen MPF, Philippe de Villiers, der den Flughafen Charles de Gaulle als „Islamistennest“ bezeichnet hatte, richteten sich nicht gegen die Extremisten, sondern gegen die Moslems im Allgemeinen. Gegenwärtig setze sich keine einzige der politischen Parteien in Frankreich für die Interessen der Moslems ein.

9.5. Der ehemalige Außenminister und EU-Kommissar Michel Barnier übergibt dem Präsidenten der Europäischen Kommission, José Manuel Barroso, einen von EU-Ratspräsident Schüssel angeforderten Bericht, in dem er sich für eine einheitliche EU-Struktur für Zivilschutz ausspricht. In deren Rahmen könnten einzelne Mitgliedstaaten spezielle Aufgaben zum Beispiel bei Überschwemmungen oder Großbränden übernehmen. Zu den zwölf Vorschlägen des Berichts gehört auch die Errichtung von EU-Konsulaten in der Karibik, Westafrika oder den Balkanstaaten.

10.5. Der stellvertretende Präsident des deutsch-französischen Luft- und Raumfahrtkonzern EADS, Jean-Louis Gergorin, lässt sich von seiner Funktion beurlauben. Er war in den vergangenen Tagen verstärkt unter den Verdacht geraten, der Verfasser der anonymen Briefe an den mit der Clearstream-Affäre befassten Richter Renaud van Ruymbeke zu sein. Gergorin gilt als ein enger Freund von Premierminister de Villepin.

10.5. Die Präsidentin der französischen Agentur für internationale Investitionen (AFII), Clara Gaymard, präsentiert die

Investitionsbilanz des Jahres 2005. Danach sei die Anzahl der Investitionsprojekte im Vergleich zum Vorjahr um 12,5 Prozent auf 664 gestiegen. Die meisten Investoren kämen aus Westeuropa (58,6 Prozent), gefolgt von Nordamerika (30,6). Auf Länderebene belegten die USA den ersten Platz vor Deutschland.

15.5. Außenminister Philippe Douste-Blazy kündigt eine Reihe von Maßnahmen an, um die „kulturelle Diplomatie“ Frankreichs zu stärken. Im Mittelpunkt steht die Schaffung einer staatlichen Kulturagentur mit dem Namen „Cultures-France“, die dem British Council nachempfunden sein soll. Ferner sollen im Rahmen von Public-Private-Partnerships neue französische Gymnasien im Ausland errichtet werden. Weitere Einrichtungen, wie zum Beispiel die Agence pour l'enseignement français à l'étranger (AEFE), sollen stärker finanziell gefördert, darüber hinaus allein 50 Millionen Euro in die Ausbildung von Französischlehrern im Ausland investiert werden.

15.5. *Le Figaro* veröffentlicht Auszüge aus einem Dokument des französischen Außenministeriums zur EU-Erweiterungspolitik. In dem Papier, das am heutigen Tag dem EU-Außenministerrat vorgelegt werden soll, spricht sich das Ministerium dagegen aus, die Erweiterungsfrage zum Gegenstand des Europäischen Rats im Juni zu machen. Dieser Prozess dürfe nicht „unkontrolliert“ vorangetrieben werden. Zwar sei die Osterweiterung „ein bemerkenswerter Erfolg“ gewesen. Auch müssten die „eingegangenen Verpflichtungen“ der EU erfüllt werden. Doch müsse künftig die Aufnahmekapazität der EU eine stärkere Bedeutung erhalten, wobei dies sowohl die demokratische wie auch die institutionelle, die politische und die finanzielle Dimension betreffe.

17.5. Die Nationalversammlung billigt den unter der Führung von Innenminister Sarkozy erarbeiteten Gesetzesvorschlag zur Einwanderungs- und Integrationspolitik. Der Entwurf sieht vor, eine neue, drei Jahre gültige Aufenthaltsgenehmigung („compétences et talents“) zu schaffen, von der gut ausgebildete Forscher sowie Künstler oder Sportler profitieren sollen. Sarkozy hatte ein Gesetz unter dem Motto „Keine geduldete, sondern eine gewählte Einwanderung“ angekündigt. Ferner soll das bisher geltende Verfahren abgeschaffen werden, nach dem illegale Einwanderer nach zehn Jahren Aufenthalt in Frankreich eine unbefristete Aufenthaltsgenehmigung erhalten. Zweitens soll die Familienzusammenführung erschwert werden: Nur Immigranten mit Arbeitsvertrag und einem Mindestverdienst sollen das Recht erhalten, ihre Familie

nachzuholen. Schließlich sollen auch Eheschließungen zwischen Franzosen und Immigranten erschwert werden: Erst nach dreijährigem Zusammenleben soll eine Ehe geschlossen werden dürfen.

17.5. Außenminister Douste-Blazy eröffnet in Tel Aviv eine „Saison française“, welche die kulturellen Beziehungen ebenso wie die Forschungskooperation zwischen Frankreich und Israel verbessern soll. Zugleich weist Douste-Blazy darauf hin, dass es eine dauerhafte Lösung des Nahostkonflikts nur durch Verhandlungen geben könne. Israel lehnt ebenso wie die überwiegende Mehrheit der westlichen Staaten Verhandlungen mit der gewählten Hamas-Regierung der Palästinenser ab.

18.5. Die „Agence française de l'adoption“ wird in Paris eröffnet. Die Agentur ist das Ergebnis einer Entscheidung der Regierung Raffarin im Jahr 2004, die Adoption von Kindern zu erleichtern und die Verfahren zu reformieren. Die Agentur soll alle notwendigen Informationen für eine Adoption zusammenführen und die adoptierenden Eltern von der ersten Entscheidung bis zur endgültigen Adoption begleiten. Französische Eltern entscheiden sich am häufigsten für Kinder aus Vietnam (790 im Jahr 2005), gefolgt von Haiti (475 Kinder), China (458 Kinder), Äthiopien (397 Kinder) und Russland (357 Kinder).

17–19.5. Die Afrikareise des Innenministers Sarkozy wird in den besuchten Ländern von heftigen Protesten gegen das geplante französische Einwanderungsgesetz begleitet. Die Kritik in Mali und Benin hat einen zentralen Passus des Gesetzes zum Gegenstand, der vor allem gut ausgebildeten Migranten den Aufenthalt in Frankreich ermöglichen soll. In Bamako erwidert er auf Vorhaltungen, er wolle Afrika seine Eliten abwerben und den Kontinent wirtschaftlich ausbeuten: „Frankreich benötigt Afrika wirtschaftlich nicht mehr.“ Sarkozy betont, dass sich Frankreich künftig verstärkt für die Demokratisierung Afrikas einsetzen wolle. Kurz vor der Reise Sarkozys hatte ein geplanter Aufenthalt des Ministers im Senegal abgesagt werden müssen, nachdem Präsident Wade erklärt hatte, er habe kein Interesse an einem Treffen mit Sarkozy.

24./25.5. Staatspräsident Chirac reist zu einem Staatsbesuch nach Brasilien. Während er zum einen die allgemeinen Beziehungen zwischen beiden Ländern im Rahmen seiner außenpolitischen Strategie der Multipolarität stärken will, stehen zum anderen energiepolitische Fragen im Mittelpunkt der Gespräche. Brasilien plant den Bau eines dritten Kernreaktors. Chirac, der unter anderem von der Präsidentin von Areva,

Anne Lauvergeon, begleitet wird, setzt sich für eine Auftragsvergabe an den französischen Nuklearkonzern ein.

25.5. Staatspräsident Chirac amnestiert seinen ehemaligen Sportminister, den ehemaligen Hürdenläufer und Olympiateilnehmer Guy Drut. Zur Begründung führt er dessen „außergewöhnliche“ sportlichen Leistungen an. Drut war im Oktober 2005 wegen seiner Verwicklung in illegale Parteienfinanzierung zu einer Bewährungsstrafe von 15 Monaten und einer Geldstrafe von 50 000 Euro verurteilt worden. Für diese Entscheidung wird Chirac nicht nur von der Opposition, sondern auch aus dem eigenen Lager kritisiert. Innenminister Sarkozy bezeichnet eine derartige Amnestie als „Maßnahme aus einer anderen Zeit“.

26.5. Premierminister de Villepin verkündet einen „Fünfjahresplan zur Solidarität mit sehr alten Menschen“, der den im Jahr 2003 vom damaligen Premierminister Jean-Pierre Raffarin verabschiedeten Plan „Altern und Solidarität“ ergänzen soll. Zu den wesentlichen Maßnahmen zählen eine bessere Förderung der häuslichen Pflege (angestrebt ist eine Steigerung der häuslichen Pflegeplätze um 40 Prozent), die Schaffung von 5 000 neuen Plätzen in Altersheimen bis 2012 sowie die Ausarbeitung eines Plans zur besseren Bekämpfung von Hirnkrankheiten und Erkrankungen des Nervensystems (zum Beispiel der Alzheimer-Krankheit).

31.5. Der ehemalige stellvertretende Präsident des deutsch-französischen Luft- und Raumfahrtkonzern EADS, Jean-Louis Gergorin, wird in Polizeigewahrsam genommen. Gergorin hatte gegenüber der Presse gestanden, der Verfasser der anonymen Briefe an den mit der Clearstream-Affäre befassten Richter Renaud van Ruymbeke zu sein.

31.5. Die britische Zeitung *The Times* veröffentlicht Auszüge aus einem Buch, das von zwei ihrer Journalisten geschrieben wurde. Die Autoren, Sean O'Neill und Daniel McCrory, behaupten, dass der französische Auslandsnachrichtendienst DGSE im Jahr 1998 geplant habe, den islamischen Prediger Abu Hamza al-Masri von der Londoner Finsbury Park-Moschee zu entführen. Der Prediger soll in die Anschläge auf die Pariser Metro und RER im Sommer 1995 verwickelt gewesen sein. Al-Masri sitzt seit Februar 2006 eine siebenjährige Haftstrafe in Großbritannien ab, zu der er wegen Aufrufs zu Mord und Anstachelung zum Rassenhass verurteilt worden war.

Juni

4.6. Die Vorsitzende der trotzkistischen Partei Lutte ouvrière (LO) erklärt, dass sie die Aufstellung eines Einheitskandidaten aller Parteien links des Parti socialiste (PS) für die Präsidentschaftswahlen im Jahr 2007 ablehne. Ein solcher Kandidat werde während des zweiten Wahlgangs mit Sicherheit den PS unterstützen und hätte allein die Funktion eines „Stimmensammlers“ für die Sozialisten. Bei den Präsidentschaftswahlen im Jahr 2002 war LO die einzige nennenswerte Partei gewesen, die angesichts des Erfolgs von Jean-Marie Le Pen (Front National) im zweiten Wahlgang nicht zur Wahl des bürgerlichen Kandidaten Chirac aufgerufen hatte.

5.6. Die potenzielle Präsidentschaftskandidatin des Parti socialiste, Ségolène Royal, stellt das Gesetz zur 35-Stunden-Woche in Frage, das eine der wichtigsten Maßnahmen der letzten sozialistischen Regierung unter Premierminister Lionel Jospin gewesen war. Das Gesetz habe zu einer Verschlechterung der Situation derjenigen Arbeitnehmer geführt, deren Arbeitsverhältnisse ohnehin am stärksten gefährdet seien. Das Gesetz sei zu unflexibel und müsse weiter reformiert werden. Damit greift Royal eine Argumentation der politischen Rechten auf.

5.6. Innenminister Sarkozy kündigt an, dass ausländische Schüler ohne Aufenthaltsgenehmigung künftig unter bestimmten Bedingungen einen legalen Aufenthaltsstatus erhalten könnten. Dafür müssten sie in Frankreich geboren und auch stets zur Schule gegangen sein. Von dieser Maßnahme werden etwa 1 200 Schülerinnen und Schüler betroffen sein. Denjenigen, die diese Kriterien nicht erfüllten, würde eine Rückkehrhilfe angeboten.

6.6. Staatspräsident Chirac und Bundeskanzlerin Merkel kommen zu einem Treffen im Rahmen des Blaesheimprozesses in Rheinsberg zusammen. Zentrales Thema der Gespräche ist die Zukunft des EU-Verfassungsprozesses. Chirac und Merkel einigen sich auf einen Zeitplan, der die Periode zwischen dem Ende der deutschen EU-Ratspräsidentschaft (Juni 2007) und dem Ende der französischen EU-Ratspräsidentschaft (Dezember 2008) umfasst. Die deutsche Präsidentschaft könne in der knappen Zeit nach den französischen Präsidentschaftswahlen zumindest eine „Synthese möglicher Vorschläge“ ausarbeiten. In den Monaten danach gehe es darum, aus diesen Vorschlägen konkrete Lösungswege werden zu lassen. Parallel dazu müsse das „Europa der Projekte“ vorangebracht werden, um Europa den Bürgern näher zu bringen.

6.6. Das Verwaltungsgericht in Toulouse verurteilt das staatliche Bahnunternehmen SNCF und den französischen Staat wegen deren Beteiligung an der Deportation französischer Juden. Seit 2001 war dieser Rechtsstreit ausgetragen worden, nachdem der grüne Europaabgeordnete Alain Lipietz seine Klage eingereicht hatte. Der Vater von Lipietz sowie sein Halbbruder und dessen Eltern waren im Frühjahr 1944 mit der Bahn in das nördlich von Paris gelegene Übergangslager Drancy transportiert worden, wo sie im August desselben Jahres befreit werden konnten. Der Staat und die SNCF müssen nun 62 000 Euro an den Abgeordneten sowie dessen Verwandte zahlen.

7.6. Der Parti socialiste (PS) beschließt sein Programm für die Präsidentschaftswahlen im Jahr 2007. In dem Programm setzen sich die Sozialisten das Ziel, „links zu handeln“. Eine zentrale Ankündigung ist die Erhöhung des Mindestlohns SMIC auf 1 500 Euro bis zum Jahr 2012. Ferner soll unter anderem ein obligatorischer „Bürgerdienst“ für junge Erwachsene zwischen 18 und 25 Jahren eingeführt werden. Der PS strebt außerdem die Abschaffung des Artikels 49.3 der französischen Verfassung an, der es der Regierung ermöglicht, ein Gesetz auch ohne Zustimmung des Parlaments zur Anwendung zu bringen. Dieser Artikel war zuletzt von der Regierung de Villepin bei der Durchsetzung des Arbeitsmarktreformgesetzes zum Ersteinstellungsvertrag (CPE) genutzt worden, um den Widerstand des PS zum umgehen.

8.6. Innenminister Sarkozy erklärt, dass er bis zum Januar 2007 Mitglied der Regierung bleiben will. Die Franzosen „verstünden es nicht“, wenn er jetzt aus seinem Amt ausscheide. Parteifreunde hatten Sarkozy zuvor öffentlich nahegelegt, die Regierung zu verlassen, um nicht länger unnötigen Zwängen bei seiner Vorbereitung auf die Präsidentschaftswahlen im Jahr 2007 ausgesetzt zu sein.

9.6. Auf dem französisch-britischen Gipfeltreffen in Paris beschließen Staatspräsident Chirac und Premierminister Blair eine verstärkte Zusammenarbeit in der zivilen Nukleartechnologie. Hierzu soll ein bilaterales „Nuklearforum“ aus Regierungsvertretern, Unternehmensrepräsentanten und Experten eingerichtet werden, das Fragen der Forschungskooperation vor allem bezüglich der Entsorgung von Atommüll diskutieren soll. Darüber hinaus erklären sich Chirac und Blair einig, sich für eine europäische Energiepolitik einsetzen zu wollen, um die Versorgung Europas mit Rohstoffen besser sichern zu können. Dabei gehe es vor allem um eine strategische Partnerschaft mit Russland.

12.6. Premierminister de Villepin kündigt an, im Jahr 2007 15 000 Stellen im öffentlichen Dienst zu streichen, davon 8 700 im Erziehungswesen und 4 400 im Verteidigungsbereich. Unter anderem diese Maßnahme soll es der Regierung erstmals ermöglichen, den Haushalt im kommenden Jahr um einen Prozentsatz zu steigern, der unterhalb der Inflationsrate liegt.

13.6. Der kürzlich gewählte italienische Ministerpräsident Prodi kommt zu einem Kurzbesuch nach Paris. Kurz vor dem Treffen des Europäischen Rates spricht sich Prodi in Paris für Verhandlungen über einen neuen Verfassungsvertrag aus. Gemeinsam mit Staatspräsident Chirac erklärt er, dass bis zur Aufnahme neuer Gespräche unter den 25 Mitgliedstaaten das „Europa der Projekte“ der einzig gangbare Weg sei. Konkret setzt sich Prodi in Paris für Projekte im Forschungs- und Energiebereich ein. Der Konflikt über das Übernahmeangebot des italienischen Energiekonzerns Enel an das französische Unternehmen Suez kann jedoch nicht beigelegt werden. Chirac unterstützt eine Fusion zwischen Suez und dem staatlichen Konzern Gaz de France, um die Übernahme durch Enel zu verhindern.

14.6. Die Aktienkurs des deutsch-französischen Luft- und Raumfahrtkonzerns EADS gibt um 26,3 Prozent nach. Zwei Tage zuvor hatte der Flugzeughersteller Airbus, ein Tochterunternehmen der EADS, Lieferverzögerungen bei seinem neuen Großraumflugzeug A 380 angekündigt. Das Unternehmen rechnet deswegen mit Verlusten im Umfang von 500 Millionen Euro pro Jahr bis 2010.

15./16.6. Auf dem Treffen des Europäischen Rats ist Frankreich in der Frage der künftigen Erweiterungspolitik der Europäischen Union isoliert. Paris hatte sich im Vorfeld des Gipfels für eine Betonung des so genannten „vierten Kopenhagener Kriteriums“, der Aufnahmefähigkeit der EU, in der Debatte über künftige Erweiterungen eingesetzt. Frankreich wird mit seiner Forderung, aus der Aufnahmefähigkeit eine „Bedingung“ für die Aufnahme neuer Mitglieder zu machen, nur von Österreich und Zypern unterstützt.

16.6. Die französische Regierung startet offiziell die Baumaßnahmen für eine Entsandung des zwischen der Bretagne und der Normandie gelegenen Mont-Saint-Michel. Im Verlauf der sechsjährigen Bauzeit sollen die 164 Millionen Euro teuren Arbeiten aus dem heute von Sand umgebenen Felsen wieder eine Insel machen.

18.6. Nach mehrmonatigen internen Streitigkeiten wird der Präsident von Attac, Jacques Nikonoff, von der Generalversammlung von Attac für eine weitere Amtszeit von drei Jahren wiedergewählt. Nikonoff wird von seinen Kritikern, zumeist Gründungsmitglieder von Attac, vorgehalten, aus dem Verein eine normale politische Partei machen zu wollen.

20.6. Nach heftigen Angriffen des Vorsitzenden des Parti socialiste, François Hollande, in der Nationalversammlung, bezichtigt Premierminister de Villepin Hollande der „Feigheit“. Wegen des folgenden Aufruhrs muss die Sitzung des Parlaments abgebrochen werden. In der Folge wird de Villepin auch von UMP-Abgeordneten, unter anderem Hervé de Charette, heftig kritisiert. Laut Charette sei nach dieser „Provokation“ des Premierministers eine Kabinettsumbildung unumgänglich.

22.6. Innenminister Sarkozy kritisiert in einer Rede in Agen (Lot-et-Garonne) die Austeritätspolitik der Europäischen Zentralbank und die Stabilitätskriterien der Europäischen Währungsunion. Europäer sein heiße, so Sarkozy, den Grundsatz zu verteidigen, dass öffentliche Schulden nur durch Wachstum wieder ausgeglichen werden könnten. Die „wirtschaftliche Logik“ müsse der „Buchhalterlogik“ vorgezogen werden.

27.6. Die Gruppe der frankophonen Botschafter bei den Vereinten Nationen verabschiedet ein Manifest zur Stärkung der französischen Sprache. Zu den zehn Zielen, welche die Gruppe unter dem Vorsitz des französischen Botschafters Jean-Marc de La Sablière definiert, gehört die Anwendung mehrerer Resolutionen, die die offizielle Zweisprachigkeit der UNO dokumentieren. Ferner müsse bereits bei der Personalauswahl darauf geachtet werden, dass Diskriminierungen zu Lasten des Französischen vermieden würden.